

## ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren

vom: 25.01.2023  
von: 17:00 Uhr  
bis: 19:16 Uhr  
Ort: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal

### Anwesend waren:

#### Vom Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren:

Stv Schneider, Silke	als Vorsitzende
Stv Bleckmann, Lisa	
AM Dehn, Sarah	
Stv Dylong, Barbara	
AM Helm, Claudia	vertritt Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Helm, Martin	
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah	
Stv Köckritz, Anja Alexandra	
Stv König, Svenja	
Stv Lorenz, Reiner	
Stv Molzberger, Adhemar	
AM Rommel, Marcus	
AM Schneider, Walter	bis 18:30 Uhr, TOP 3.2 öT
Stv Six, Annette	vertritt Schmidt, Sabrina
Stv Stahl, Peter H.	
Stv Steuber, Hartmut	

#### Beratende Mitglieder:

AM Haupt, Elisabeth	vertritt Schuppert, Sören
AM Dr. Knapp, Bernd	
AM Scherzberg, Nicole	

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt	GBL 5
Städt BD Schreiber	AL 4/1; bis TOP 3.1 (17:58 Uhr)
VA Weiskirch	AL 5/1
VA Heide	stellv. AL 4/4; bis TOP 3.1 (17:58 Uhr)
VA Büker	Integrationsbeauftragter; bis TOP 5. (18:50 Uhr)
VA Meier	Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

IntRM Aydin, Veli	
AM Dornhöfer, Felix	
AM Graf, Dagmar	
AM Oppermann, Paul	
Stv Rompf-Selimi, Nazlije	vertreten durch AM Helm, Claudia
Stv Schmidt, Sabrina	vertreten durch Stv Six, Annette
AM Schuppert, Sören	vertreten durch AM Haupt, Elisabeth
AM Spornhauer, Bernd	
AM Upphoff, Heinz - Wilhelm	
AM Vitt, Matthias	

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG****1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 16.11.2022**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**11. AfSFS 25.01.2023**

**2. Fragestunde****2.1 Sachstand Umsetzung Beschluss zu Mehrwegwindeln  
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Vorlage Nr. VL 1236/2023 sowie Vorlage Nr. AF 1236/2023 A

Es wird keine Nachfrage gestellt.

**11. AfSFS 25.01.2023**

### **3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

#### **3.1 Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention - Antrag der Fraktionen CDU und SPD -**

Vorlage Nr. AT 242/2022

Herr Schmidt stellt dar, dass die im Antrag geforderten Punkte durch gesetzliche Regelungen und innerstädtische Absprachen bereits bei jedem Neubau und bei Sanierungen Umsetzung finden. Er stellt außerdem klar, dass es sich – insbesondere auch wegen der hohen finanziellen Belastungen für barrierefreiem Ausbau - um eine Aufgabe für Jahrzehnten handle.

Frau Schreiber geht auf die Beschlusspunkte 5. - 7. ein:

Zu 5.: Hier wünsche man sich mehr Informationen, welche Anbindung konkret wo und wann fehle.

Zu 6.: Die zur Verfügung stehenden Mittel seien hier für die Ausführungsgeschwindigkeit nicht ausschlaggebend. Die derzeit unbesetzte ÖPNV-Sachbearbeitungsstelle werde zum 01.02.2023 nach mehreren Ausschreibungsverfahren erst wieder neu besetzt. Außerdem nennt sie die aufwendig gewordene Antragstellung und die lange Antragsbearbeitungszeit von Zuschussgebern als Verzögerungsgrund.

Zu 7.: Aus Sicht der Verwaltung sei eine ausreichende Kennzeichnung dieser Paktplätze bereits gegeben. Sie bittet um konkrete Hinweise, wo dies nicht der Fall sei.

Herr Heide geht auf die Beschlusspunkte 2. - 4. ein:

Zu 2.: Es handle sich hier um gesetzlich vorgegebene Dinge, welche die Verwaltung ohnehin wie bereits bei Neubau / Sanierung pflichtgemäß umsetze. In einigen Fällen gebe es bereits Konzepte aber auch die sonstigen nicht barrierefreien Stellen habe man im Blick und arbeite sie sukzessive ab.

Für Hinweise auf akut notwendige Beseitigungen von Barrieren, welche gegebenenfalls auch schnell und mit geringen Mitteln umgesetzt werden können, sei man immer dankbar.

Zu 3.: Die dort genannten Maßnahmen können über die im Haushalt vorhandenen Bauunterhaltungs-Budgets finanziert werden. Zusätzliche 5.000 € seien hier daher nicht notwendig.

Zu 4.: Dies entspreche ohnehin den gängigen Normierungen zur Barrierefreiheit und müsse daher nicht beschlossen werden. Die über 400 Liegenschaften der Stadt verwaltungsseitig auf durchgängige Handläufe zu überprüfen, binde sehr viel Personalkapazität. Man bitte daher auch hier um direkte und konkrete Hinweise, wenn etwas auffällt.

Frau Bleckmann unterstütze generell das Anliegen, Barrierefreiheit mit mehr Nachdruck anzugehen. Allerdings schlägt sie vor, die im Beschluss aufgeführten Themen etwas offener zu halten und eventuell einen Gesamtbetrag als allgemeinen Haushaltsposten zu beschließen. Mit diesen Mittel könne man dann Maßnahmen außerhalb von Neubauten/ Sanierungen angehen. Hierfür könnte eine Prioritätenliste unter Einbeziehung des Inklusionsbeirates erarbeitet werden, die mit diesen zusätzlichen Haushaltsmitteln abgearbeitet werden solle. Das digitale Meldetool unter Nr. 1 des Beschlussvorschlages befürworte die B'90/Grünen-Fraktion ausdrücklich.

Dem Vorschlag, einen Gesamtbetrag in den Haushalt einzustellen, könne man sich anschließen, so Herr Lorenz.

Frau Dehn geht nochmals auf die einzelnen Beschlusspunkte ein:

Zu 1.: Hier scheine es Einigkeit zu geben, dass dieser Punkt unkompliziert umsetzbar sei.

Zu 2.: Das Gesamtziel, dass alle Gebäude im Stadtgebiet barrierefrei/ barrierearm werden sollen, stehe hier im Vordergrund. Ein Plan, in dem alle notwendigen Maßnahmen aufgelistet werden, solle als Grundlage für einen finanziellen und zeitlichen Rahmen dienen.

Zu 3.: Hier gehe es um Kleinigkeiten wie z. B. die kurzfristige Anschaffung einer Holzrampe.

Zu 4.: Dieser Vorschlag basiere auf persönlichen Erfahrungen, die sie gemacht habe, als sie längere Zeit auf Krücken angewiesen war.

Zu 5.: Hier könne man sich ein Rufbusangebot vorstellen, mit dem man beispielsweise zum unteren Schloss gelangt.

Zu 6.: Man habe hier vermutet, dass fehlende Mitteln die Ursache seien, da man nichts von der aktuellen Personalsituation wusste.

Zu 7.: Die Kennzeichnung durch blaue Farbe solle zur größeren Abschreckung für Personen dienen, die sich unerlaubter Weise auf einen Behindertenparkplatz stellen wollen. In der Stadt Fürth funktioniere dies gut.

Herr Schmidt sieht die zeitintensive Erstellung eines Gesamtplanes sehr kritisch. Die einzelnen Gebäude weisen sehr individuelle Gegebenheiten auf und je nach Gebäudeart gebe es sehr unterschiedliche gesetzliche Vorgaben bezüglich Barrierefreiheit. Zielführender sei die bereits praktizierte Vorgehensweise, die einzelnen Maßnahmen bei Gelegenheit oder auch aufgrund konkreter politischer Beschlüsse anzupacken und so nach und nach abzuarbeiten. Besonders das Thema ÖPNV sei sehr komplex. Dass bestimmte Bereiche nicht gut erreichbar sind, liege nicht nur am Thema Barrierefreiheit, sondern hänge mit Faktoren zusammen, auf die die Stadt Siegen teilweise keinen Einfluss habe.

Er betont nochmals, dass die unter Beschlusspunkt 3. aufgeführten 5.000 € nicht notwendig seien, da für solche kurzfristigen kleinen Maßnahmen ohnehin Gelder zur Verfügung stehen.

Herr Molzberger schlägt vor, den Punkt 1. zu beschließen und die restlichen Themen nochmals in die zuständigen Fachausschüsse - Bauausschuss und Verkehrsausschuss - zu verweisen. Den Hinweis von Frau Bleckmann bezüglich der Einstellung im Haushalt eines Gesamtbetrages für die Thematik möchte er gerne aufnehmen.

Herr Schneider sieht den Punkt 2. des Beschlussvorschlages als Mammutaufgabe an und befürchtet, dass dies bei der Ausführung generell eher hinderlich sein könnte.

Die Punkte 4. und 7. befürworte er. Zu Punkt 6. wünscht er sich seitens der Antragsteller eine Konkretisierung bezüglich des Zeitraums.

Generell gebe es in der Stadt Siegen zu wenige Behindertenparkplätze, so Frau Scherzberg. Aus eigener Erfahrung wisse sie, dass die Verwaltung bei Hinweisen auf kurzfristig zu beseitigende Probleme bezüglich Barrierefreiheit schnell Abhilfe schaffe.

Nach kurzer Diskussion, wie abgestimmt werden solle, einigt man sich darauf, dass zunächst nur über Punkt 1. des Beschlussvorschlages abgestimmt wird. Zu den restlichen Punkten solle zunächst Rücksprache in den antragstellenden Fraktionen gehalten werden und gegebenenfalls neue Anträge direkt an die zuständigen Fachausschüsse gestellt werden.

Hinweis der Verwaltung:

*Aufgrund der Diskussion zu diesem Antrag in der Ratssitzung vom 22.02.2023, ist der Antrag abweichend davon in der hier vorliegenden Form direkt an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen worden (Bauausschuss am 19.04.23, Verkehrsausschuss am 25.04.23).*

Der Ausschuss einigt sich weiter darauf, dass die generell befürwortende Einstellung gegenüber diesem Thema ebenfalls mit einem Beschluss festgehalten werden solle.

**Beschluss:**

Grundsätzlich steht der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren einem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention positiv gegenüber.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**Beschlussvorschlag:**

Auf der Homepage der Stadt Siegen wird ein digitales Meldetool installiert, um nicht barrierefreie Infrastruktur zu melden, so dass diese Mängel schnellstmöglich behoben werden können.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**11. AfSFS 25.01.2023**

**3.2 Sachstandsbericht Quartiersentwicklung KIQ  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage Nr. AT 250/2023

Herr Rommel betont die Wichtigkeit des KIQs und die Erhaltenswürdigkeit dieses Ortes.

Herr Schmidt geht auf die im Antrag gestellten Fragen ein.

=> Die Antworten sind dem Protokoll in ausführlicher Form beigelegt.

Herr Rommel regt an, das KIQ als Ausschuss zu besuchen. Außerdem schlägt er vor, heute per Beschluss festzulegen, das KIQ - nicht zwingend in diesem Gebäude aber auf jeden Fall im Quartier - zu erhalten.

Bezüglich des letzten Vorschlages spricht sich Herr Schmidt dafür aus, dies nicht auf bestimmte Gebäude festzulegen, um sich einen gewissen Handlungsspielraum zu erhalten, wo man solche Angebote im innerstädtischen Bereich zukünftig sinnvoll ansiedelt und/ oder beibehält.

Frau Bleckmann regt an, sich losgelöst von der Quartiersentwicklung jetzt schon um Förderung zur Instandsetzung des Gebäudes zu bemühen.

Herr Molzberger sieht es als wichtig an, die im Gebäude vorhandenen baulichen Mängel zeitnah zu beseitigen.

Ihm sei es vor allem wichtig, dass das Angebot so zentral und barrierefrei wie möglich im Hinblick auf die ÖPNV-Anbindung bestehen bleibe, so Herr Rommel.

Man werde verwaltungsseitig abwägen, wie lange die voraussichtliche Nutzungszeit eingeschätzt werde und daran orientiert sinnvolle Ertüchtigungsmaßnahmen angehen, so Herr Schmidt.

Frau Bleckmann stellt in den Raum, es solle festgehalten werden, dass das Gebäude in der Koblenzer Straße 90 langfristig genutzt und renoviert/saniert werden solle.

Hierzu sei kein Auftrag notwendig, dies werde von der Verwaltung ohnehin angegangen, teilt Herr Schmidt mit. Der Haushalt enthalte Mittel zur Bauunterhaltung, welche dafür genutzt werden können. Alles darüber hinaus werde dann im Rahmen des nächsten Haushalts eingeplant. Allerdings stellt er nochmals deutlich klar, dass bei einem akut auftretenden Fall von Obdachlosigkeit auf die Räumlichkeiten zurückgegriffen werden muss. Generell werde man die Entwicklungen zum KIQ als Teil der regelmäßigen Berichterstattung im Sozialausschuss aufnehmen.

Herr Büker bietet an, dass die Fraktionen ihn gerne ansprechen können, um sich die Arbeit im Rahmen des KIQ vor Ort anzuschauen.

11. AfSFS 25.01.2023

**4. Flüchtlinge (inkl. aus der Ukraine) und Asylbewerber in der Stadt Siegen:  
Zuweisung, Unterbringung und Wohnsituation, Betreuung, Beratung, Gesundheitsversorgung, Finanzierung und Sachstands zum Kommunalen Integrationsmanagement (KIM)  
- Sachstandsbericht**

Herr Schmidt weist auf die kurzfristig eingestellte Präsentation hin.

Die Entscheidung zu dem Antrag der Fraktion B'90/Grüne, welcher zur letzten AfSFS-Sitzung am 16.11.2022 gestellt und vertagt wurde, sei noch offen. Man habe inzwischen wie verabredet mittels eines informellen Interessensbekundungsverfahrens bei den freien Träger abgefragt, ob Ressourcen für die Übernahme der vier Case-Managementstellen verfügbar seien. Dies sei der Fall, allerdings nur, wenn die Kosten insgesamt gedeckt werden - die Pau-

schale des Landes (55.000 €) reiche nicht aus - so die Rückmeldungen der freien Träger. Zur Verortung der Stellen stellt er nochmals den Vorschlag der Verwaltung dar: Drei Case-Management-Stellen für die Schwerpunkte „Geflüchtete Frauen/Mütter und Familien“, „Wohnen“ und „psychisch stark belastete Personen“ angesiedelt bei der Stadt Siegen und zwei bei freien Trägern. Er weist in diesem Zusammenhang auf einen Fehler auf Seite 14 der Präsentation hin, wo dies falsch dargestellt sei.

Frau König möchte wissen, wieso laut der Präsentation gemeinnützige Unternehmergesellschaften nicht zu den zugelassenen Interessenten gehören.

Dies werde man klären und in der nächsten AfSFS-Sitzung an dieser Stelle beantworten, so Herr Schmidt.

Frau Bleckmann geht nochmals kurz auf den vorliegenden Antrag ihrer Fraktion ein. Man sehe besondere Expertise für die Einzelfallbetreuung bei den freien Trägern, weshalb dort vier Case-Management-Stellen und bei der Stadt Siegen eine verortet werden sollen. Auch wichtig sei ihnen, dass die Finanzierungslücke zwischen der Förderung und den tatsächlichen Kosten seitens der Verwaltung gedeckt werden soll. Mit der Umbenennung der Rückkehrerberatung in „psychisch stark belastete Personen“ sei man dem Beschlusspunkt 2. ja bereits nachgekommen.

Herr Helm kann die Argumentation der Verwaltung dahingehend nachvollziehen, warum die von Herrn Schmidt genannten Schwerpunkte bei der Stadtverwaltung verortet werden sollen. Er könne sich vorstellen, dass die Stadt hier mit zwei Case-Managementstellen anstatt drei zurechtkommen könne, hält es jedoch für unwahrscheinlich diese Schwerpunkte alle mit nur einer Stelle abzudecken. Als Kompromiss schlägt er daher vor: 2 Stellen bei der Stadt Siegen und 3 bei freien Trägern einzurichten.

Diesem Kompromiss könne man sich anschließen, so Herr Molzberger.

Aufgrund des sich abzeichnenden Stimmungsbildes solle der Punkt 1. des Beschlussvorschlages entsprechend des seitens Herrn Helm vorgeschlagenen Kompromisses angepasst werden, so Frau Bleckmann.

## **Beschluss**

1. Die der Stadt Siegen zugeordneten Stellen im Baustein „Case-Management“ des kommunalen Integrationsmanagement teilen sich wie folgt auf: zwei Stelle bei der Stadt Siegen, drei Stellen bei freien Trägern.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

## **Beschluss:**

2. Die Siegener Case Manager:innen werden nicht für Rückkehrberatung eingesetzt, da dies dem Konzept widerspricht, bei dem es um die Integration geht.

3. Bei den Case-Management-Stellen, die bei freien Trägern angesiedelt werden, übernimmt die Stadt Siegen die Finanzierungslücke zwischen Förderung und den tatsächlich anfallenden Kosten für eine:n qualifizierte:n Mitarbeiter:in (Entgeltgruppe 12 im Sozial- und Erziehungsdienst-Tarif).
4. Die Stadt Siegen leitet das Interessenbekundungsverfahren für die vier KIM-Case-Management-Stellen, die den freien Trägern zugesprochen werden, zeitnah ein, mit dem Ziel, die Stellen ab Januar besetzen zu können. Der Ausschuss wird im ersten Quartal 2023 über das Verfahren, die beteiligten Träger und das Ergebnis informiert.
5. Die Stellen werden bei der Stadt und bei den freien Trägern Aufgabenbereichen zugeordnet, wie z. B. Arbeitsmarktintegration, Gesundheit oder Sprachförderung.
6. Einmal im Jahr erfolgt im Ausschuss eine Berichterstattung über den Umsetzungsstand des KIMs in Siegen. Dabei wird auch evaluiert, ob die Stellenverteilung (Stadt/freie Träger und Aufgabenbereiche) den aktuellen Bedarfen entspricht.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, eine Enthaltung**

**11. AfSFS 25.01.2023**

## **5. Beratung des Haushaltsentwurfes 2023**

Frau Schneider geht die den Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren betreffenden Seiten des Haushaltes einzeln durch.

Es werden folgende Fragen gestellt/ Anregungen eingebracht, auf die Herr Weiskirch und Herr Schmidt entsprechend antworten bzw. eingehen:

- Zu S. 412: An dieser Stelle und auch generell, wenn es um zu beantragende Leistungen gehe, wünscht man sich Angaben zur durchschnittlichen Bearbeitungszeit.
- Zu S 417: An dieser Stelle wäre die durchschnittliche Aufenthaltszeit in Übergangseinrichtungen eine sinnvolle Kennzahl.  
=> Wo immer es sinnvoll und mit einem im Verhältnis stehenden Aufwand umsetzbar sei, werden im Haushaltsplan bereits Kennzahlen hinterlegt, erläutert Herr Schmidt.
- > Die Bearbeitungszeit im Produktbereich 050101 z. B. sei „unmittelbar“, weil es sich hier um existenzsichernde Maßnahmen handle, ergänzt Herr Weiskirch. Die durchschnittliche Aufenthaltszeit in Übergangsheimen herauszufiltern sei leider mit einem überdurchschnittlich hohen bürokratischen Aufwand verbunden.
- Zu S. 417: Hier wurde für städtische Häuser und Wohnungen keine Erhöhung eingeplant, obwohl der Plan der Verwaltung doch sei, mehr Einrichtungen in städtische Hand zu bekommen.  
=> Man schaue sich zwar verschiedene Objekte an, da die Wohnungsmarktsituation jedoch sehr schwierig sei, könne man hier keine verlässlichen Zahlen für den Haushalt einplanen, antwortet Herr Weiskirch.
- Zu S. 422: Wieso ist hier in der Tabelle von „Investitionen“ die Rede?



=> Nachträgliche Antwort der Verwaltung:

*Es handelt sich nicht um Investitionen, sondern um konsumtive Titel. Auf Seite 422 des Haushaltsplanentwurfs 2023 ist lediglich die in der Überschrift genannte Bezeichnung „konsumtive Aufträge Produkt 05.01.02 Hilfen nach dem AsylbLG“ maßgeblich. Es handelt sich um klassische konsumtive Aufträge zur Gebäudeunterhaltung und Gebäudebewirtschaftung.*

- Zu S. 427/dazugehörige Erläuterung auf S. 430: Was steckt hinter den Mieterträgen i. H. v. 300 € beim Konto 4411010?

=> Generell müssen Vereine oder andere Nutzer, die Räumlichkeiten der Stadt nutzen, eine entsprechende Nutzerpauschale zahlen, so Herr Schmidt.

- Zu S. 436: Wieso sind hier gar keine Kennzahlen hinterlegt?

=> Es handelt sich um das Jobcenter, welches mittlerweile kaum noch mit der Stadt verflochten sei, erläutert Herr Schmidt.

- Zu S 177: Zu einer Frage bezüglich der Beleuchtung der Stufen im Apollotheater wird auf die Zuständigkeit des Kulturausschusses verwiesen.

- Zu einer Frage bezüglich Stiftungen wird auf die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses verwiesen.

=> Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Haushaltsentwurf 2023 zur Kenntnis.

**11. AfSFS 25.01.2023**

**6. Zuschussvereinbarung mit dem Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“ zur Finanzierung der Frauenberatungsstelle und weiterer Unterstützungsangebote für Frauen in Not**

Vorlage Nr. VL 1164/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt - vorbehaltlich der weiteren und derzeit beabsichtigten Förderung durch das Land NRW - die Verlängerung der Zuschussvereinbarung mit dem Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“ zur Finanzierung der Frauenberatungsstelle und weiterer Unterstützungsangebote für Frauen in Not.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**11. AfSFS 25.01.2023**

**7. Bericht zum Antrag zur "Arbeit der Ausländerbehörde"**

Vorlage Nr. VL 1218/2023

Frau Bleckmann möchte wissen, wie viele Personen von dem neuen Chancen-Aufenthaltsrecht betroffen sind und wie diese darüber informiert werden.

Nachträgliche Antwort der Verwaltung:

*Eine genaue Anzahl des voraussichtlich durch das Chancen-Aufenthaltsrecht begünstigten Personenkreises ist systembedingt nicht auswertbar. Zum Stichtag des 09.12.2022 wurde jedoch davon ausgegangen, dass etwa 170 Personen hiervon betroffen sein werden. Eine separate Information an die Betroffenen erfolgt nicht. Die potentiell Begünstigten werden im Rahmen ihrer regelmäßigen Vorsprachen in der Ausländerbehörde unaufgefordert auf die geänderte Rechtslage hingewiesen und ggfs. zur konkreten Prüfung der Erteilung eines Aufenthaltstitels zur Vorlage entsprechender Dokumente aufgefordert.*

=> *Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren nimmt den Bericht anlässlich des Antrags zur Arbeit der Ausländerbehörde zur Kenntnis.*

**11. AfSFS 25.01.2023**

gez. Schneider  
Vorsitzende

gez. Meier  
Schriftführerin

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemäß § 9 der GeschO des Rates der Stadt Siegen zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren am 25.01.2023**

**Sachstandsbericht Quartiersentwicklung & KIQ**

**Frage 1:**

Wie viele und welche Gruppen nutzen zurzeit das KIQ seit wann, in welchem zeitlichen und räumlichen Umfang und auf welcher vertraglichen Grundlage? Welche Gruppen verfügen über gültige Nutzungsvereinbarungen? Sind diese zeitlich befristet? Bitte nach einzelnen Gruppen aufschlüsseln.

**Antwort:**

Die nachfolgenden Gruppen nutzten Stand Dezember 2022 regelmäßig Räumlichkeiten im KIQ.

Im Jahr 2022 sind alle bestehenden Nutzungsvereinbarungen ausgelaufen, sie werden aktuell, zeitlich bis Jahresende 2023, befristet erneuert.

**Migrantenselbstorganisationen**

**TÜDEV e.V.** (Frauentreffen für Neuzugewanderte) - wöchentliche Nutzung Seminarraum seit 2022

**Palästinensische Gemeinde** - wöchentliche Nutzung Seminarraum sowie Gesundheitsschulungen durch Dr. Shamia in regelmäßigen Abständen seit 2017

**Kurdische Gemeinde** - wöchentliche Nutzung Café Raum seit 2018

**Verein der Guineer und Freunde Guineas** - monatliche Nutzung Seminarraum seit 2018

**Deutsch-Eritreische Gemeinschaft** - monatliche Nutzung Seminarraum seit 2020

**Eritreische Gemeinde** quartalmäßige - Nutzung Seminarraum seit 2020

**Deutsch-Syrischer Verein Südwestfalen e.V.** - wöchentliche Nutzung Seminarraum seit 2018

**Deutsch-Somalischer Kulturverein** - wöchentliche Nutzung Café Raum seit 2018

**Syrische Gemeinde Siegen e.V.** - wöchentliche Nutzung Café Raum seit 2017

**EDO Union Siegen e.V.** – monatliche Nutzung Café Raum seit 2020

**Afghanischer Hilfsverein „Stitching for School and Life“** – „Demokratie leben!“ Projekt wöchentliche Nutzung Café Raum seit 2022

**Ladiespower e.V.** - vierzehntägige Nutzung Café Raum seit 2017

**Afghanische Gruppe** – monatliche Nutzung Seminarraum seit 2022

**Nzuko Ndi Gbo** - vierzehntägige Nutzung Theaterraum seit 2020

**Litera e.V.** Theatergruppe – Nutzung dreimal wöchentlich Theaterraum seit 2020

**Litera e.V.** Kindertanzgruppe – Nutzung einmal wöchentlich Theaterraum seit 2020

**Integrativ arbeitende Gruppen**

**Uni Siegen** – International Student Affairs - gelegentliche Nutzung Café Raum seit 2018

**Uni Siegen** - Erasmus Student Network - gelegentliche Nutzung Café Raum seit 2018

**Uni Siegen** – Reallabor für Verbraucherinformatik - gelegentliche Nutzung seit 2020  
**Redaktionsteam MiGazette** – quartalsmäßige Nutzung Café Raum seit 2017  
**AK- Treffen Integrationsrat** - quartalsmäßige Nutzung Café Raum seit 2020  
**Umsonstladen** – wöchentliche Nutzung eigener Raum EG und Café Raum, Projekt endete Dezember 2022  
**Café Mayla** – wöchentliche Nutzung Schulungsraum EG seit 2017  
**Projekt Griffbereit** - wöchentliche Nutzung Schulungsraum EG seit 2017 mit förderbedingten Unterbrechungen  
**Omas gegen rechts** - monatliche Nutzung Theaterraum und gelegentlich Projektarbeit seit 2020  
**Radioförderverein Siegerland e.V.** – wöchentliche Nutzung Lagerraum seit 2017  
**Einfachmachen gug** - Nutzung dreimal wöchentlich Theaterraum seit 2022  
**Kreis Siegen-Wittgenstein** Projekt Durchstarten in Arbeit und Ausbildung - tägliche Nutzung Seminarraum seit 2022  
**Diakonie Internationale Frauengruppe** - vierzehntägige Nutzung Café Raum seit 2018  
**Diakonie Nähkurs** - wöchentliche Nutzung Seminarraum seit 2018 mit förderbedingten Unterbrechungen  
**Diakonie Strickkurs** - wöchentliche Nutzung Seminarraum 2018 mit förderbedingten Unterbrechungen  
**Diakonie Sprachkurs** für Frauen mit Kinderbetreuung - wöchentliche Nutzung Schulungsraum EG seit 2022  
**Siegen isst bunt/ Lebensmittel Teilen e.V./ Foodsharing/Gemüse sucht ein zuhause** - vierzehntägige Nutzung Café Raum und regelmäßige Kochabende seit 2017  
**Szene 7** Tanztheater mit Geflüchteten - gelegentliche Nutzung Theaterraum seit 2015

### Frage 2:

Wie lange möchte die Stadt das KIQ noch in den Räumen des Gebäudes der Alten Hammerhütter Schule betreiben? In welche Räumlichkeiten soll das Angebot danach verlagert werden? Inwiefern sind hier Flächen in der Tiergartenstraße betroffen?

### Antwort:

Das ehem. Schulgebäude an der Koblenzer Straße wurde im Kontext der Fluchtbewegung(en) der Jahre 2015 ff. zunächst zur Unterbringung von Flüchtlingen hergerichtet und genutzt – wie einige andere ehem. Schulgebäude im Stadtgebiet. Hieraus ergab sich dann die weitere Nutzung für zentrale, übergreifende Angebote (Kleiderkammer, Sprachkurse, ...) und die dann maßgeblich durch den Integrationsbeauftragten angestoßene und verantwortete (konzeptionelle) Weiterentwicklung zur jetzigen Nutzung.

Die Nutzung erfolgte dabei immer dem Grundsatz, dass diese befristet ist bis eine (andere) Nutzung des Gebäudes auch im Kontext der Stadtteilentwicklung greift. Andererseits wurde und wird die bisherige Nutzung auch nicht ausgeschlossen.

Die Akteure im KIQ schätzen die gute Erreichbarkeit des Gebäudes in der Koblenzer Straße 90 an zentraler, gut wahrnehmbarer und öffentlicher Stelle im Stadtbild. Das Haus und auch der umgebende Schulhof sowie das Gartenprojekt auf der Rückseite bieten noch viel kulturelles und quartierbezogenes Entwicklungspotential.

Der Erwerb der Immobilie und des Grundstücks Tiergartenstraße 58 basiert auf der Planung, dass dort eine größere Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge und Asylbewerber entsteht mit den dann erforderlichen Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangeboten. Inwieweit dort räumliche Ressourcen geschaffen werden, die dann auch Platz für Angebote bieten, die jetzt im KIQ vorgehalten werden, ebenso wie die konzeptionelle und fachliche Koordination der Angebote und Standorte wird im Rahmen der baulichen Herrichtung und Umsetzung berücksichtigt.

**Frage 3:**

Was plant die Stadt rund um das Gebäude der Alten Hammerhütter Schule? Wurden in der Nähe bereits Flächen/Gebäude erworben? Wie soll das Quartier dort weiterentwickelt werden?

**Antwort:**

Die Verwaltung versucht seit einiger Zeit in Gesprächen mit den Eigentümern der umliegenden Grundstücke für eine gemeinsame städtebauliche Aufwertung des gesamten Quartiers Kirchweg zu werben. Allerdings konnte hier bislang noch keine einvernehmliche Strategie entwickelt werden.

Kommunales Nutzungsziel ist die städtebaulich und funktional nachhaltige Entwicklung des Areals. Bestehende Nutzungen, wie Wohnen, sollen gesichert und bedarfsgerecht ergänzt werden, im Speziellen auch für studentisches Wohnen. Städtebaulich soll das Plangebiet durch Nachverdichtung und Überplanung von Bestandsbebauung neu geordnet und insgesamt zukunftsfähig gestaltet werden.

Die Stadt Siegen ist Eigentümerin einiger Liegenschaften im Bereich Kirchweg und Koblenzer Straße. Bei der Alten Hammerhütter Schule handelt es sich um ein Baudenkmal, welches zusammen mit der baumbestandenen Freifläche als wesentlicher Anknüpfungspunkt und Potenzial für die weitere Entwicklung im räumlichen Umfeld fungieren wird.

**Frage 4:**

Ist bei der Neuentwicklung geplant, das zum Teil unter Denkmalschutz stehende Gebäude der alten Hammerhütter Schule zu erhalten?

**Antwort:**

Ja.

**Frage 5:**

Ist geplant, das Gebäude/die Fläche auch nach einer Sanierung/einem Neubau wieder für Projekte zu nutzen, wie wir sie aktuell im KIQ vorfinden?

**Antwort:**

Es liegt noch keine Nutzungskonzeption für Gebäude und umgebende Freifläche vor. Diese wird sich im Rahmen der Gesamtstrategie für das Quartier erst ergeben können.

**Frage 6:**

Gibt es geeignete Förderprogramme, über die Gelder für eine Sanierung beantragt werden können? Können Fördergelder beantragt werden, um die integrativen Angebote zu unterstützen (z. B. eine Personalstelle, die für die Betreuung des Gebäudes etc. zuständig ist...)? Ist die Beantragung dieser Fördergelder geplant?

**Antwort:**

Die konkrete Fördermittelakquise erfolgt, wenn die Konzeption für das Gebäude nebst Freifläche entwickelt wurde, denn es gibt immer wieder neu aufgelegte Fördertöpfe und es ändern sich Förderrichtlinien oder Fördergegenstände.

Als aktuelle und/oder vergangene Förderprogramme wären hier beispielsweise zu nennen:

Denkmalförderung des Landes, KfW-Zuschuss energieeffiziente Gebäudesanierung, Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Soziale Integration im Quartier, Quartiersmanagement aus der Städtebauförderung.